

"NATÜRLICH KÖNNEN  
WIR EIN FESTES FUNDAMENT  
FÜR UNSERE KOALITION ERRICHTEN..."

SOZIALSTAAT

WIR REISSEN  
EINFACH DAS HIER  
AB!

KGD  
910



# **Krise – Armut – Prekariat - soziale Ausgrenzung**

Folienvortrag zum politischen  
Frühstück am 25.10.09

# Schwerpunkte:

- 1. Welche Krise/n?**
  - 1. Armut, prekäre Arbeit....., die soziale Krise als Realität**
- 3. Wesentliche Ursachen**
  - 1. Auswirkungen der Krise**
  - 2. Schlussfolgerungen - Handlungsansätze**

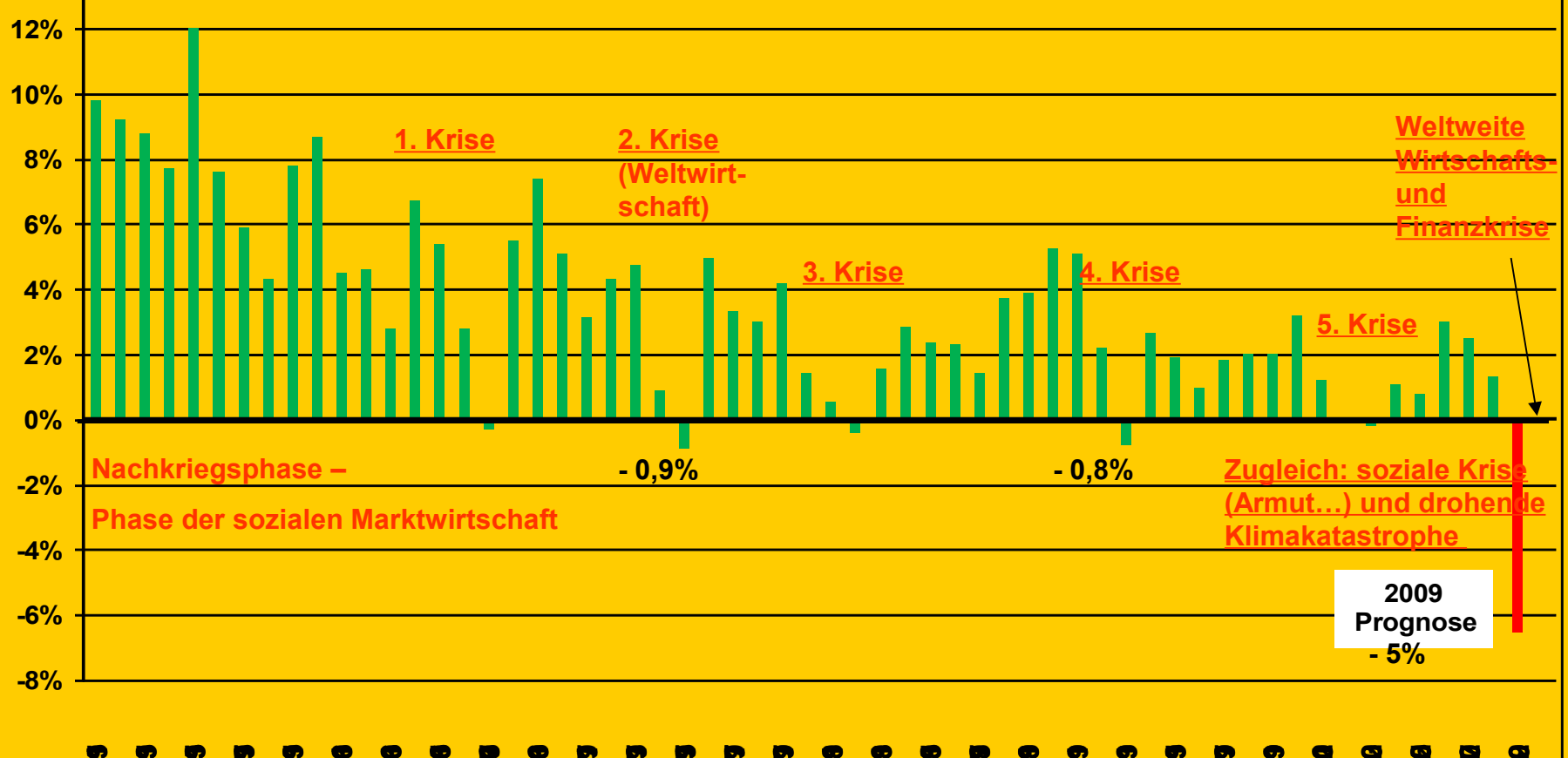
# 1. Welche Krise/n ?



## Historischer Wachstumseinbruch

ver.di Bundesvorstand  
Bereich Wirtschaftspolitik

Reale Wachstumsraten der Wirtschaftsleistung in der Bundesrepublik Deutschland



Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

# Eine historische Krise

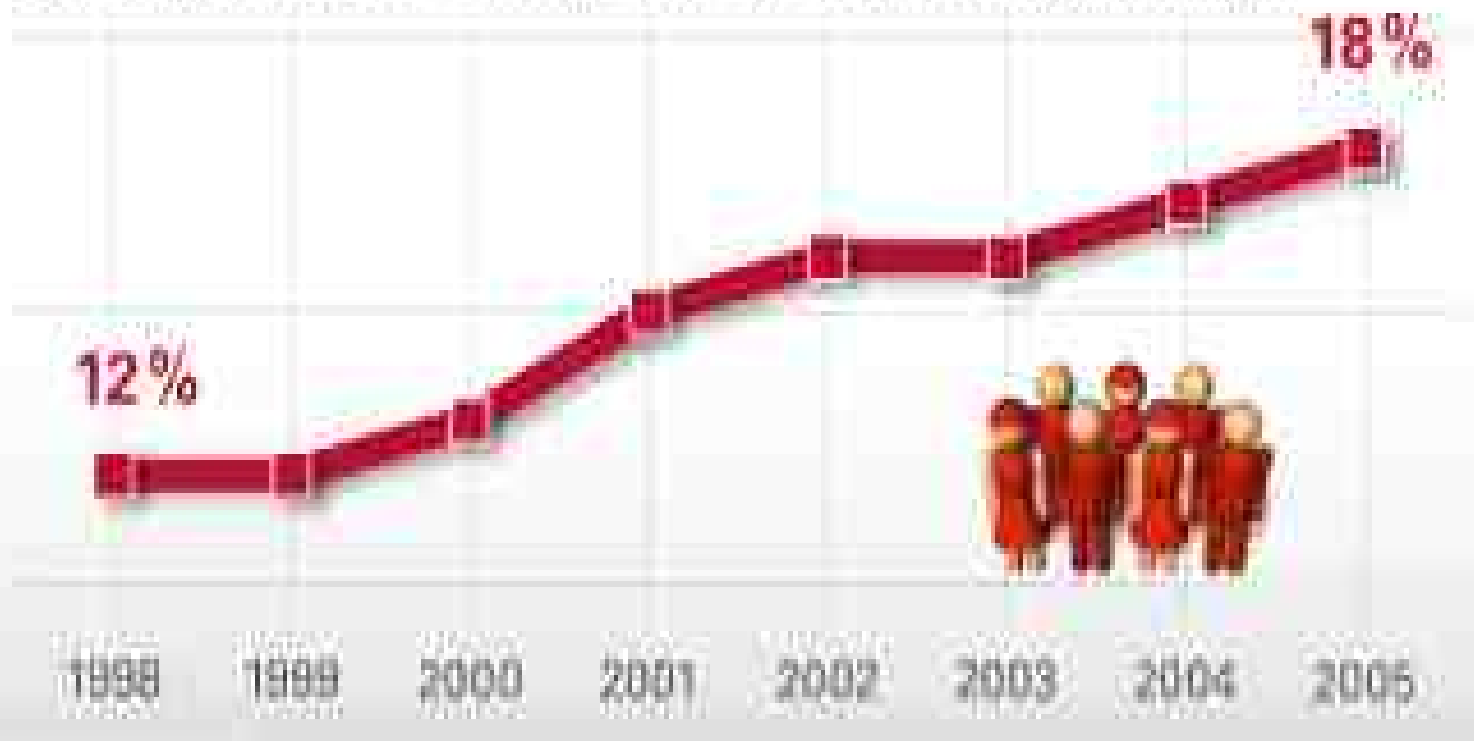
Rezessionsphase	Arbeitslosigkeit
1966-67	+256.000
1974-75	+660.000
1981-83	+1,2 Mio.
1992-94	+1,2 Mio.
2002-05	+1,4 Mio.
2008- ?	?

(Quelle: DGB-Bundesvorstand Bereich Wirtschafts- und Steuerpolitik)

## **2. Armut, prekäre Arbeit, soziale Ausgrenzung.... die soziale Krise als Realität**

# Armut nimmt zu in Deutschland

Die Armutsquote entwickelte sich in Deutschland...



Quelle: Armutsbericht + Hans-Boeckler-Stiftung 2008

# Armut: Definition

## Armutsschwellen

Die Armutsschwellen lagen laut SOEP 2005 für...

■ Alleinstehende	bei**	880 Euro
■ Alleinerziehende mit Kind*		1.143 Euro
■ Paare		1.319 Euro
■ Paare mit einem Kind*		1.583 Euro
■ Paare mit zwei Kindern*		1.847 Euro
■ Paare mit drei Kindern*		2.111 Euro

\* Kinder unter 14 Jahren; \*\* monatliches Nettoeinkommen  
Socio-ökonomisches Panel, Berechnung Becker 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

# Kinderarmut - Jugendliche



- „Jedes 5. Kind in Deutschland arm.“ (DIW –Wochenbericht)
- "Jedes 6. Kind von Armut betroffen." (Unicef, Mai 2008)
- „Bis zu 40 Prozent der Kinder von Alleinerziehenden leben in relativer Armut.“ (Unicef, 2008)
- "Jeder 4. Jugendliche zwischen 16 und 24 Jahren lebt in materieller Not oder ist davon bedroht." (Arbeitsgemeinschaft der Kinder- und Jugendhilfe AGJ, Juni 2008)

# MigrantInnen: Fast jede/r 3. arm

- Armut bei Menschen mit Migrationshintergrund mit gut 28 % fast doppelt so hoch wie bei Deutschen
- Pro-Kopf-Einkommen von MigrantInnen 1/5 niedriger als das des Durchschnittsbürgers
- Vererbung der Armut unter MigrantInnen an künftige Generationen
- jugendliche MigrantInnen überproportional häufig ohne Schulabschluss und ohne Ausbildung

(Quelle: taz 20.05.2008)

# Altersarmut heute - morgen

## Heute: Alterseinkommen von weniger als 750 Euro bei

- 10 Prozent der Männer
- 19 Prozent der west- bzw. 12 Prozent der ostdeutschen Frauen
- 2006: 2,3 % der über 65jährigen erhalten Grundsicherung  
– Anstieg 2007 – heute:???

## Morgen: Massive Zunahme der Alterarmut durch

- Änderungen Rentenformel/Absenkung des Leistungsniveaus der gesetzl. Rentenversicherung und Rente mit 67
- Zunahme der geringfügigen und unterbrochenen Beschäftigung
- 45 Jahre lang Stundenlohn von mindestens 9,47 Euro brutto nötig für Nettorente auf Grundsicherungsniveau (aktuell 676 €)

## Ausgaben für gesetzliche Rente – Anteil am BIP:

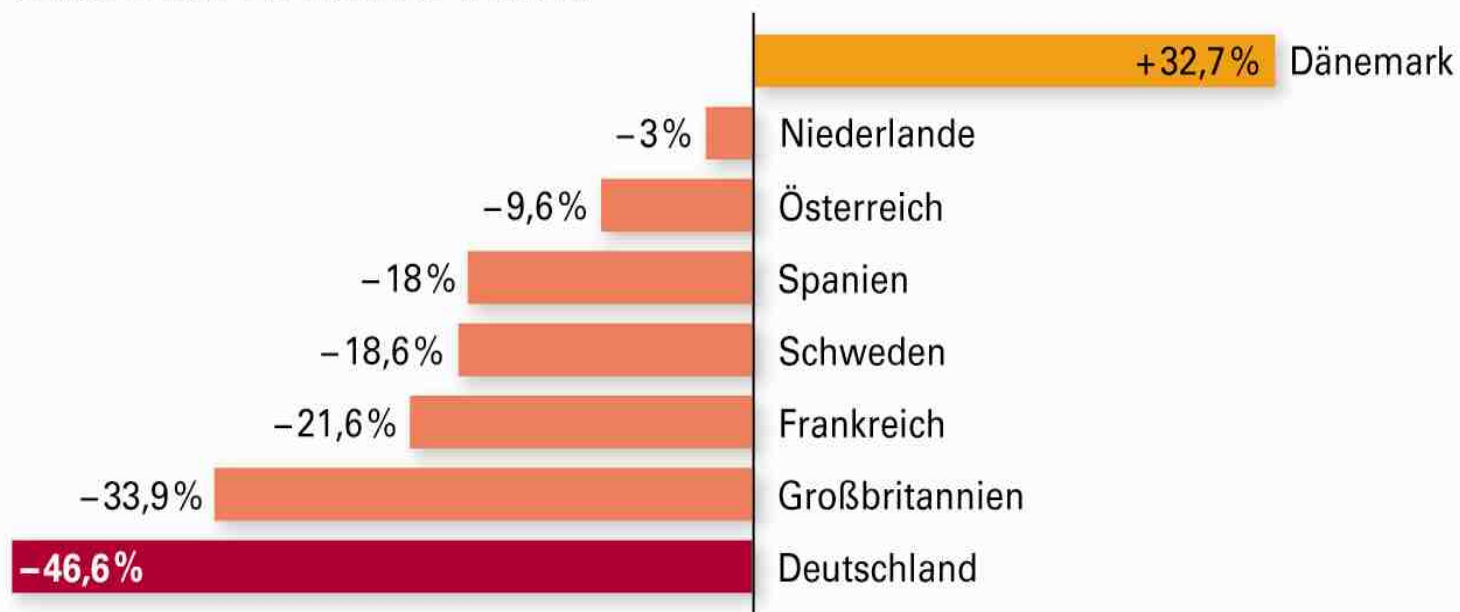
2003: 10,5 %

2008: 9,4 %

(Quelle: Blätter f. deutsche u. internationale Politik 10/09)

# Gefährdete Alterssicherung bei Geringverdienern

Ein durchschnittlicher Geringverdiener\* erhält im Vergleich zum Arbeits-einkommen als Rentner netto ...

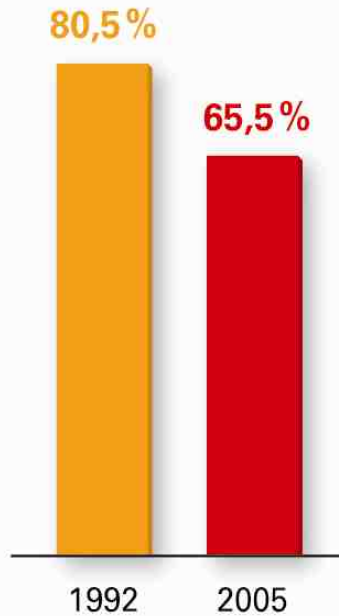


\*mit Einkommen bis 50% des Durchschnittsverdienstes; Quelle:OECD 2007 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

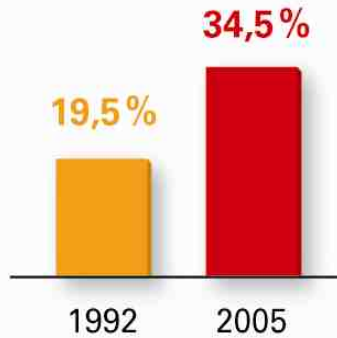
# Reduziertes Einkommen, atypisch beschäftigt

Es arbeiteten in ...

**regulärer\***

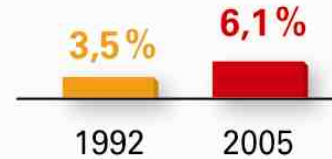


**atypischer Beschäftigung**

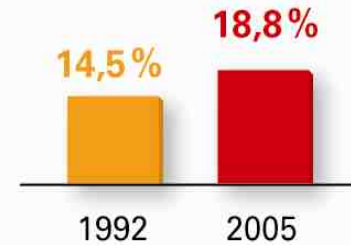


Von den atypisch Beschäftigten arbeiteten ...

**befristet**



**in Teilzeit**



**geringfügig beschäftigt**



**in Leiharbeit**



\* in Vollzeit, nicht befristet, geringfügig oder in Leiharbeit beschäftigt; \*\*frühester Wert; Quelle: SOEP 2007 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

# 2008: ca. 8 Millionen atypisch \*) Beschäftigte (22%)

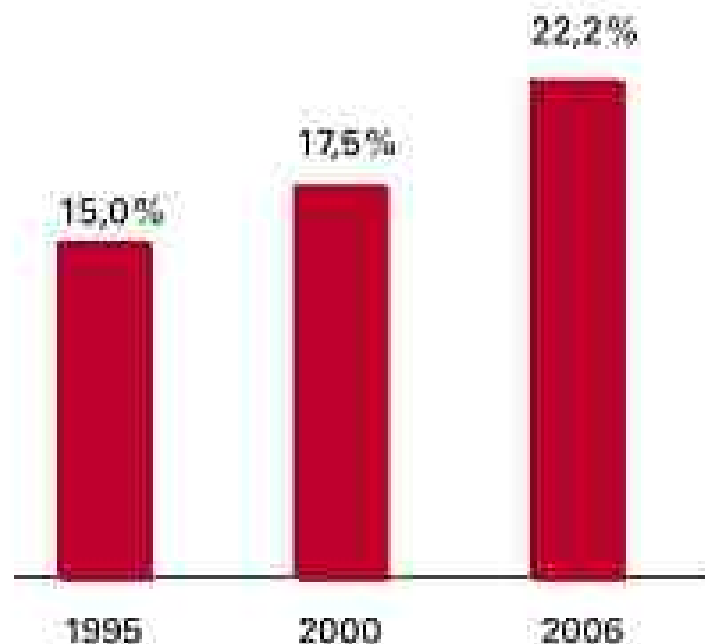
- LeiharbeiterInnen: 610.000
- Befristet beschäftigt: 2.730.000
- Geringfügig beschäftigt: 2.580.000
- Teilzeitbeschäftigt: 4.900.000
- Niedriglohnbeschäftigung: je nach Definition 8 bis 9 Millionen (darunter 3 bis 4 Millionen vollzeitbeschäftigt)

**(\*) Leiharbeit, Minijobs, befristet beschäftigt, Teilzeitarbeit mit weniger als 20 Stunden)**

**(Quelle: Statistisches Bundesamt 2009 – F.-Ebert-Stiftung)**

# Niedriglohnsektor – größer und kaum reguliert

Der Anteil von Niedriglohneempfängern an allen Beschäftigten\* entwickelte sich...



\* alle abhängig Beschäftigten inklusive Teilzeit- und Minijobs  
Quelle: IAB-Tarifstudie, IAO 2008 | CHanc-Böcker-Sitzung 2008

Zahl der Beschäftigten\*\* mit...

**Niedriglöhnen**

**branchenbezogenen  
Mindestlöhnen**



\*\* Januar 2008, Niedriglohn: aktuellste verfügbare Angabe für 2008

# Arm trotz Arbeit („working poor“)

(Stand: 2006)

Mehr als jede/r Fünfte in Deutschland ist gering entlohnt (22 Prozent).

- 5,5 Mio. bekommen weniger als 7,50 Euro/Stunde
- 1,9 Mio. bekommen weniger als 5,00 Euro/Stunde

## Definition Niedriglohn:

Weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Lohnes.

West: 9,61 Euro/ Ost: 6,81 Euro.

(Quelle: J. Glaubitz Armut und Verteilung in Deutschland, März 2009)

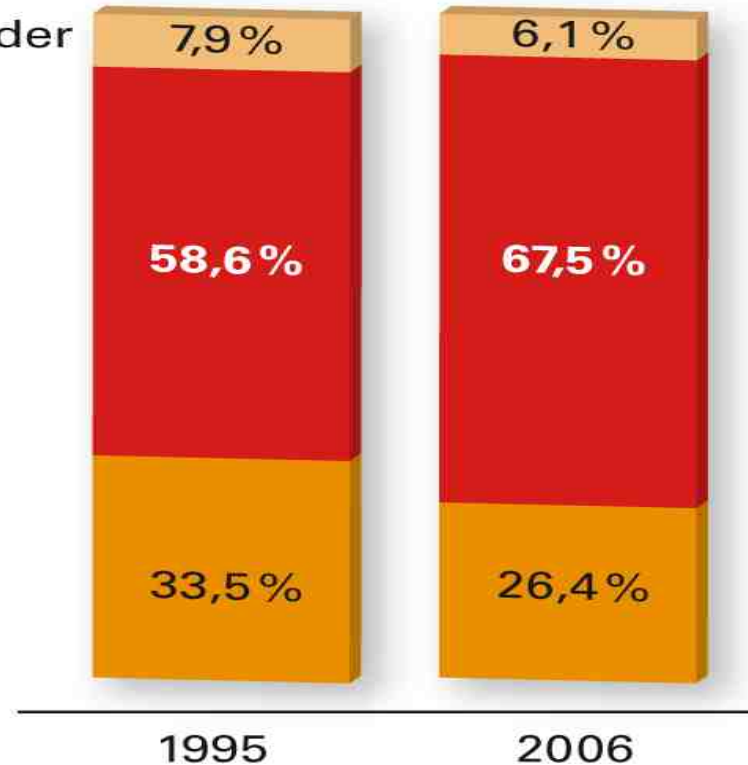
# Ausbildung bietet weniger Schutz

Von allen Beschäftigten mit Niedriglohn hatten ...

■ einen Fachhochschul- oder  
Universitätsabschluss

■ Berufsausbildung

■ keine Berufsausbildung



Quelle: Sozio-oekonomisches  
Panel 2006, eigene Berechnungen Kalina,  
Weinkopf 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

# Niedriglohnempfänger

Anteil in Prozent...

... am Niedriglohnsektor

... an allen  
Vollzeitbeschäftigten

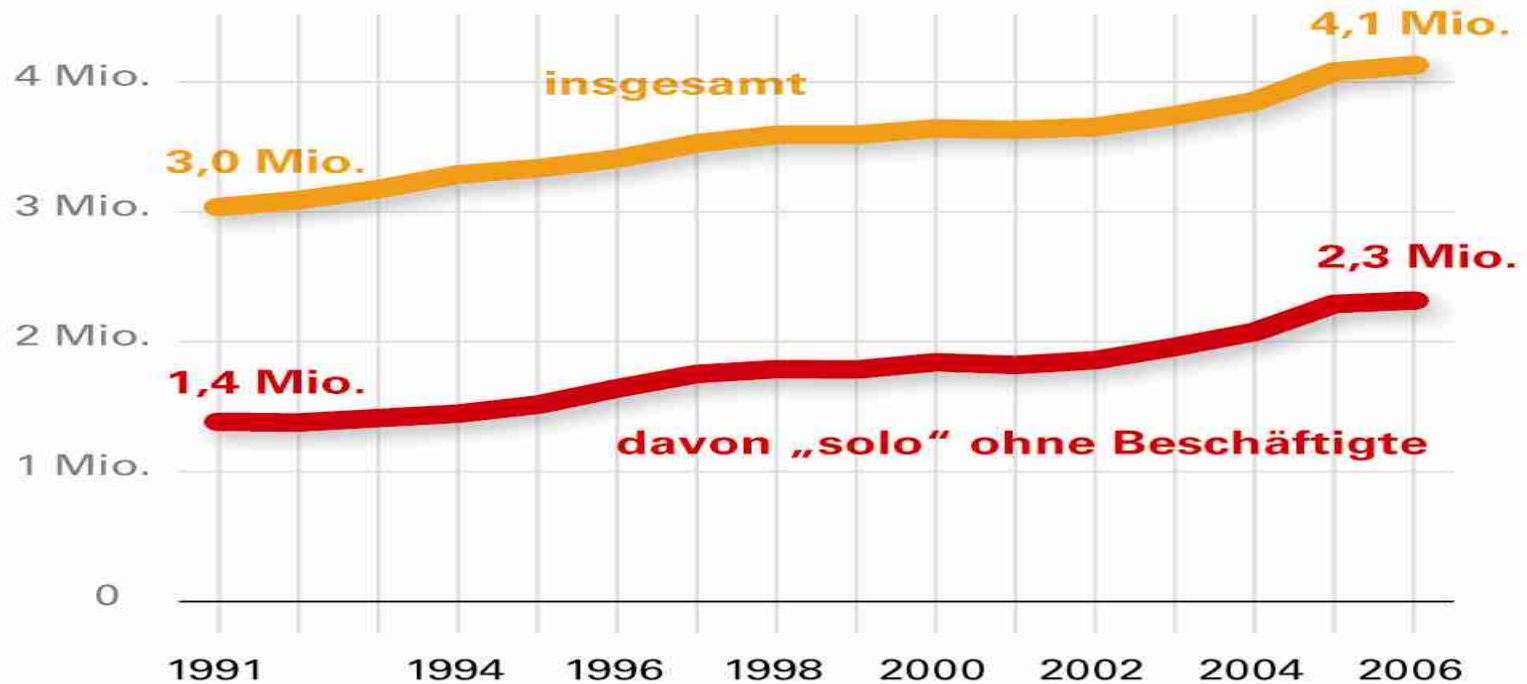
Frauen	34,9	57,0
Junge Leute bis 24 Jahre	7,2	16,1
Gering Qualifizierte	11,5	15,2
Beschäftigte in Ostdeutschland	17,6	37,8

Quelle: IAB 2005

© Hans-Böckler-Stiftung 2006

# Selbstständig und allein

Selbstständig arbeiteten in Deutschland ...



Quelle: Statistisches Bundesamt 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

# Soziale Ausgrenzung und ihre Folgen

- Einschränkung der Teilhabe an der Gesellschaft (Kultur.....)
- Die Entwürdigung durch Behörden, Medien, Politik und Lobbyisten
- Die gesellschaftliche Diskriminierung (Abhängigkeit von staatlicher Wohlfahrt = faul und moralisch verkommen + selbst Schuld an Arbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung)
- Die soziale Verelendung und das sich einrichten
- Die „Vererbung“ von sozialer Ausgrenzung (Bildung, Muster....)

# 3. Wesentliche Ursachen

# • Die neoliberale Entfesselung der Märkte ab Anfang der 70er Jahre

## Das Credo der neoliberalen Ideologie:

Steuerung aller wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prozesse über den Markt mit möglichst uneingeschränktem Wettbewerb

## Bedeutet/e real:

- Globale Profitorientierung, Marktorientierung, Konkurrenz,
- Herausbildung global agierender Konzerne/Banken
- Wettbewerbsstaat – Sozialdumping - Deregulierung
- Entfesselung der UN-Freiheiten + sozial und ökologisch destruktiven UN-Strategien und Marktkräfte
- Veränderung d. gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse

# • Neoliberale Unternehmensstrategien + gesellschaftl. Folgen

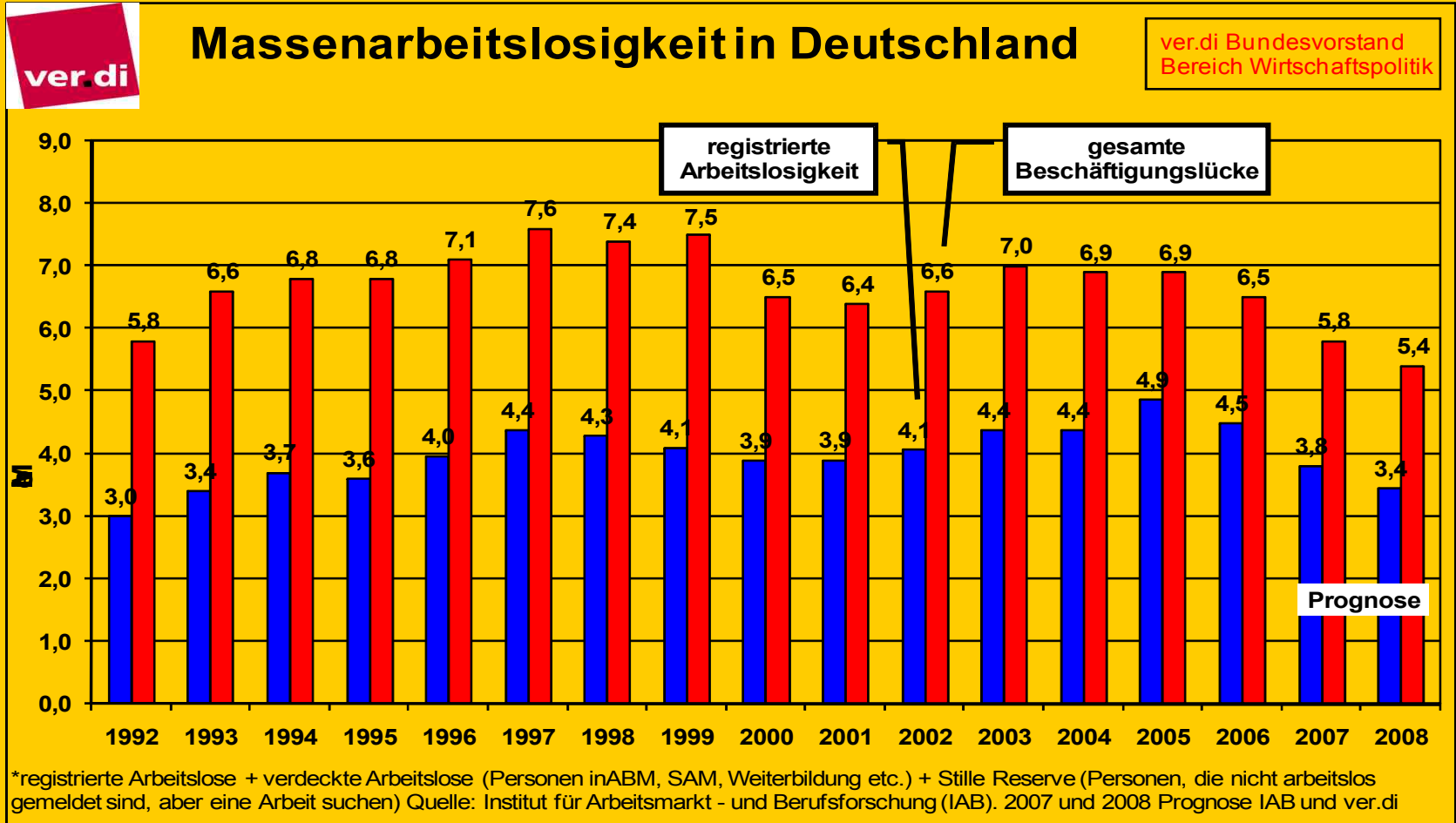
## Nach innen:

- Arbeit vorrangig  
Kostenfaktor
- Flexibilisierung d. Arbeit
- Kernbelegschaft +  
Leiharbeiter + atypisch  
Beschäftigte
- Gewerkschafts-/  
Betriebsratsfreie Betriebe
- Outsourcing
- Niedrigstlöhne/Tarifflucht
- Forcierung/Ausnutzen der  
Ängste der Beschäftigten
- Vermarktlichung
- Arbeitszeitverlängerung
- .....

## Nach außen:

- Natur Ausbeutungsobjekt
- Freier Zugang zu allen  
Märkten
- Preiskonkurrenz
- Exportorientierung
- Unternehmensverlagerung,  
- aufkäufe, Fusionen
- Politische Deregulierung -  
Senkung „Lohnneben-  
kosten“/UN-Steuern ....
- polit. Einsatz wirtschaftl.  
Macht
- Neoliberale Ideologisierung
- .....

# Arbeitslosigkeit



# Die neoliberale Politik unter Kohl

## ➤ Sozialabbau/Umverteilung:

u. a. Kürzung Arbeitslosengeld – Einführung der Eigenbeteiligung bei Medikamenten/Gesundheitshilfen – Orientierung Rentenerhöhung am Nettolohn

## ➤ Abbau von Schutzrechten:

u. a.: Ausweitung Befristung von Arbeitsverhältnissen, variable Arbeitszeit, Förderung von Leiharbeit, - Verschlechterung Schwerbehindertenschutz – Flexibilisierung der Arbeitszeit (48 Stundenwoche, Ausweitung tägl. Höchstarbeitszeit, Beschränkung Verbot d. Sonn-/Feiertagszeit)

# Agenda 2010 - Politik

## Druck auf die Löhne durch Hartz I-IV:

- Arbeitslosengeld I grundsätzlich nach 1 Jahr
- Förderung von Mini- u. Midijobs
- Ausweitung Leiharbeit + entfesselte Befristung von Arbeitsverhältnissen
- 1-Euro-Jobs
- Fortfall jeglichen Zumutbarkeitsschutzes
- Sanktionsverschärfungen
- Hartz IV-Zuzahlungen trotz Vollzeitjob

## Druck auf und privatwirtschaftliche Öffnung der Sozialsysteme:

- Politik der Senkung der Lohnnebenkosten
- Rentenversicherung (Riester, Rente ab 67...)
- Gesundheitssystem (Zuzahlungen.....)

# Von ALG I zu II

## **ALG I-EmpfängerInnen:**

2004: 1.534.322 (= 35,0 % der offiziell Arbeitslosen)

2008: 781.271 (= 25,2 % der offiziell Arbeitslosen)

## **ALG II-EmpfängerInnen (2008): 6.603.077**

darunter

- erwerbsfähig 4.786.015
- nicht erwerbsfähig (Sozialgeld) 1.817.062
- in Bedarfsgemeinschaften 3.454.750
- Alleinerziehende 656.000
- AusländerInnen: 918.915

**Zahl der offiziellen Arbeitslosen: 3.267.943**

**(Quelle: sozialpolitik aktuell – Stand 2008)**

# Die Rolle der EU



- **EU-Binnenmarkt als neoliberales Projekt :**  
Vorrang des möglichst uneingeschränkten Wettbewerbs + der 4 „Grundfreiheiten“ (Waren, Kapital, Dienstleistungen, Niederlassung)
- **Lissabonstrategie:** Wachstum durch Verschärfung von Wettbewerb/Entfesselung der (Vollendung EU-Binnenmarkt) - nach außen (Global Europe) → EU-Reformvertrag als Rahmen
- **Dienstleistungsrichtlinie ab 2009:**  
Herkunftslandsprinzip - Dominanz EU-Wettbewerbsrecht: Wettbewerb geht vor öffentlich - öffentliche Unternehmen eng zu begrenzende Ausnahmen
- **Markt und Wettbewerb geht vor sozial (EuGH)**

# Privatisierung der öffentl. Daseinsvorsorge/Güter

- **90er Jahre (EU-vermittelt):** Bereiche der Infrastruktur und der Versorgung: Post, Telekommunikation, Energie (Strom, Gas, Atom...) – Herausbildung von Global Playern
- **Mitte/Ende 90er Jahre:** Kernbereich der öffentlichen Güter/Dienstleistungen (soziales Wohnen, Bildung, Wissenschaft, Verkehr, Gesundheit, Öffnen der Sozialsysteme für die Privatwirtschaft)
- **Neu:** Ausverkauf von Naturgütern (Wasser, Gene .....

# Beschäftigungsfolgen der Privatisierung öffentl. Unternehmen

- **Seit Anfang der 90er Jahre mindestens 600 000 Arbeitsplätze verloren**
- **Im öffentl. Dienst von 1991 bis 2006 Wegfall von mehr als 2,1 Millionen Stellen (ca. 1/3 )**
- **Insgesamt mehr Jobs gestrichen als geschaffen.**
- **Neue Jobs bei privaten Konkurrenten: Häufig schlechter bezahlt oder Minijobs (\*z. B. private Briefdienste 2/3 geringfügig Beschäftigte)**

(Ergebnisse Studie des Wirtschafts- u. sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung - Nicht erfasst: Bildungs-, Kultur-, Sozialeinrichtungen, Entsorgung – bislang gibt es keine vollständige Erhebung über Beschäftigungsfolgen der Privatisierungspolitik

Quelle: Frankfurter Rundschau vom 25.09.2008 und \*) 16.11.06)

# Deutschland - ein reiches Land...

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist die Gesamtheit aller Güter, die von den Beschäftigten innerhalb eines Jahres hergestellt werden.

- Das BIP ist in den letzten 10 Jahren von 1.966 Mrd. Euro auf 2.424 Mrd. Euro gestiegen.

Je Einwohner hat sich das BIP um 23 Prozent erhöht.

- Eigentlich müsste es allen Bundesbürgern um 23 Prozent besser gehen als vor 10 Jahren...

**... wenn der Reichtum im Lande gleich verteilt worden wäre.**

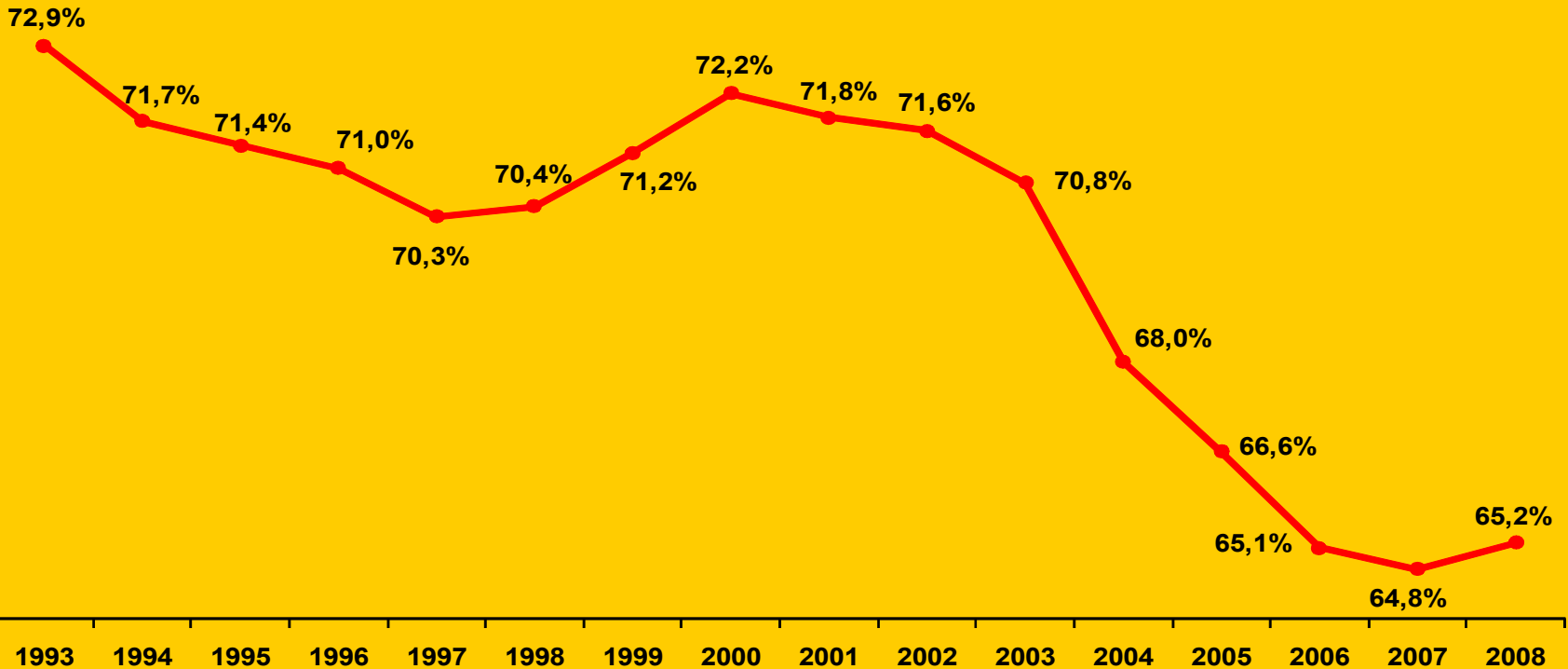
**(Quelle: J. Glaubitz Armut und Verteilung in Deutschland, März 2009)**

# Primärverteilung



## Absturz der Lohnquote Anteil Arbeitnehmerentgelt am Volkseinkommen

ver.di Bundesvorstand  
Bereich Wirtschaftspolitik



Quelle: Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (Stand: Januar 2009)

# Steuerreformen zugunsten der Unternehmen und Reichen

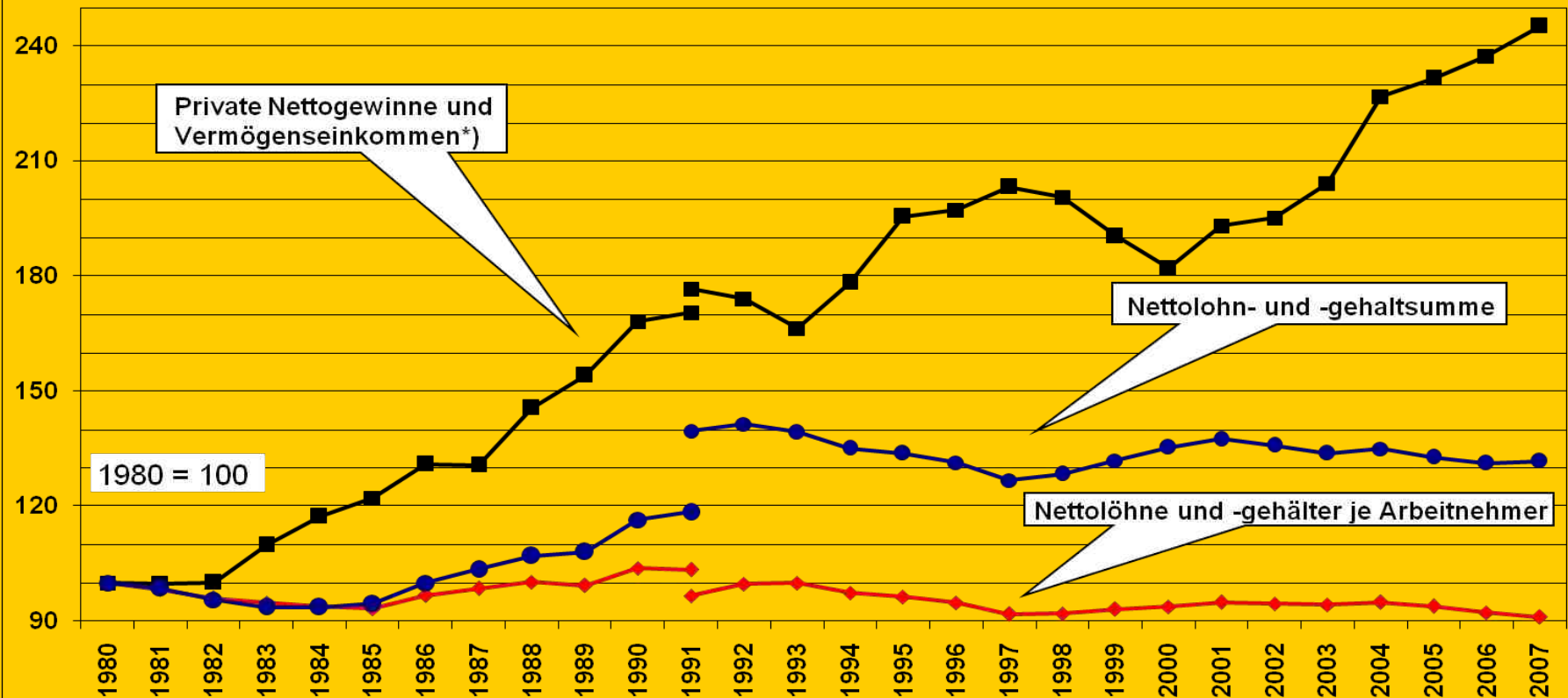
- Steuerreformen der rot-grünen Koalition 2000 – 2005:  
Minus 40 Milliarden Einnahmen pro Jahr
  - Spitzensteuersatz von 53% auf 42%;
  - Senkung des Körperschaftssteuersatzes 2001 von 40% bzw. 45% auf 25%;
- Steuerreform der schwarz-roten Koalition 2008:
  - Senkung des Körperschaftssteuersatzes ab 1.1.2008 von 25% auf 15%: Minus 10 Mrd. Einnahmen pro Jahr;
  - Abgeltungssteuer ab 1.1.2009 nur noch 25%.

# Umverteilung von unten nach oben



## Einkommenschere öffnet sich immer weiter Entwicklung der Nettoealeinkommen

ver.di Bundesvorstand  
Bereich Wirtschaftspolitik



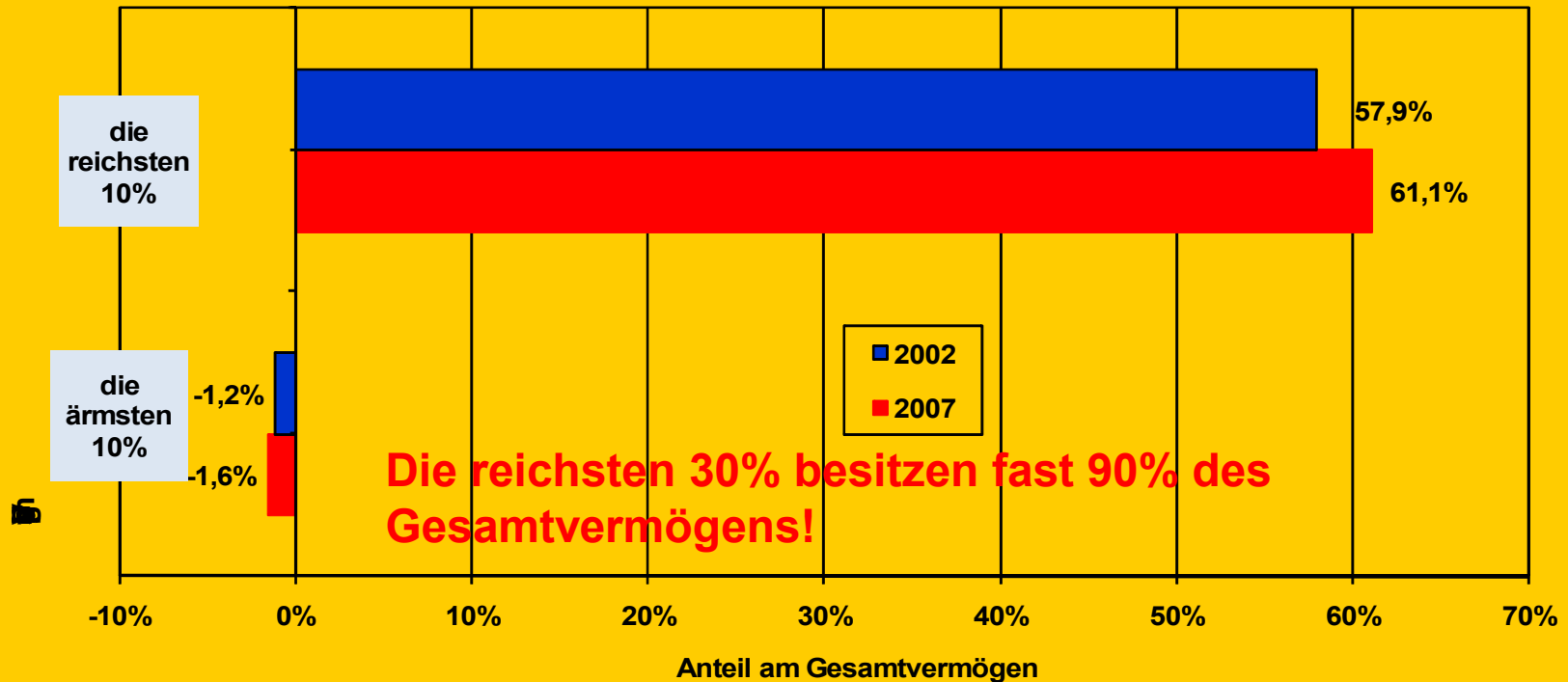
\* Unternehmens- und Vermögenseinkommen abzüglich der des Staates, abzüglich veranlagte Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, nichtveranlagte Steuern vom Ertrag und Vermögensteuer. Preisbereinigung mit dem Index für die Lebenshaltungskosten der privaten Haushalte. Quelle: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, eigene Berechnungen. Sprung 1991 durch deutsche Vereinigung.

# Vermögens(un-)verteilung



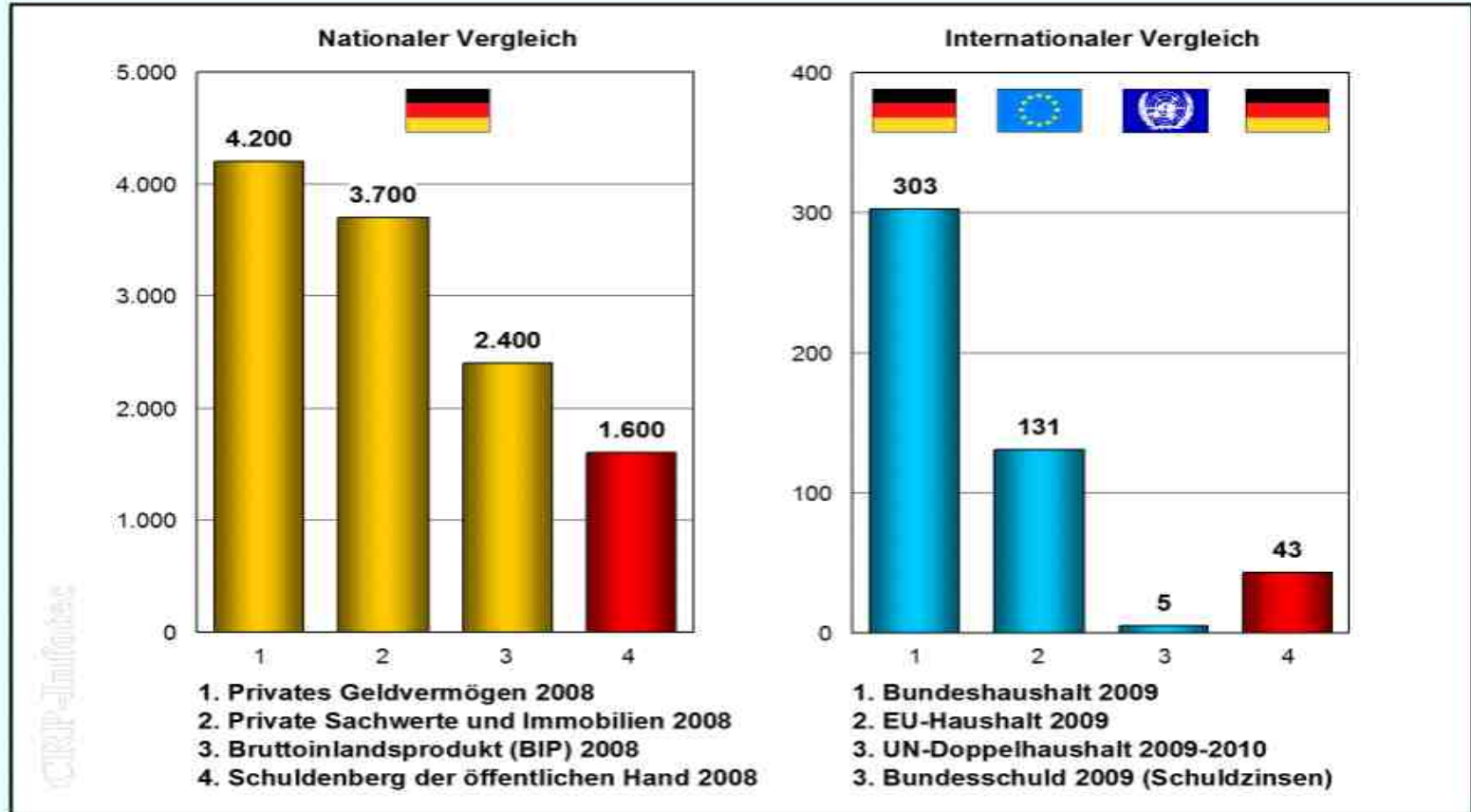
**Reiche werden reicher, Arme noch ärmer**  
Vermögensverteilung in Deutschland 2002 und 2007

ver.di Bundesvorstand  
Bereich Wirtschaftspolitik



\*Sachvermögen (Grundeigentum im In- und Ausland), Gebrauchsvermögen (u.a. Gold, Schmuck) plus Geldvermögen (Spar- und Bausparguthaben, Wertpapiere, Termingelder, Lebensversicherungen) abzüglich aller Schulden (Hypotheken, Konsumentenkredite).  
Quelle: DIW Wochenbericht, 4/2009

# Privatvermögen (abzügl. Schulden) fast 4x höher als Staatsverschuldung



Angaben in Milliarden Euro (Zahlen gerundet)

Datenquelle: BMF / EU / UNO / WDI

Stand: 10.07.2009

**Finanzielle Eckdaten im Vergleich**

©richter-publizistik

# 4. Auswirkungen – Tiefe der Krise



# Finanzmarkt

- Unbekannte Risiken der „faulen“ Wertpapiere
- Der Staat pumpt Geld in die Banken, ohne Verpflichtung zur antispekulativen Umstrukturierung und Beteiligung der Profiteure
- Sie machen wieder weiter auf Spekulation !!!!
- Wiederaufbrechen der Bankenkrise ?????

# (Real-)Wirtschaft

- Wirtschaftswachstum ab 2010 von – 5% aus
- Nach wie vor: Setzen auf Wachstum durch Export
- Keine weitere Stützung der Binnennachfrage
- Verschärfung: Kreditvergabe, -bedingungen, -zinsen
- ca. 1,4 Millionen KurzarbeiterInnen aktuell
- Absehbar: Zunahme der Arbeitslosigkeit + prekärer Arbeit/Armut – 2010: 4,5 bis 5 Millionen offiziell ???
- Absehbare Folgen: Einschränkung des Konsums  
→ Handel, Handwerk, Konsumgüterindustrie
- Spirale nach unten???

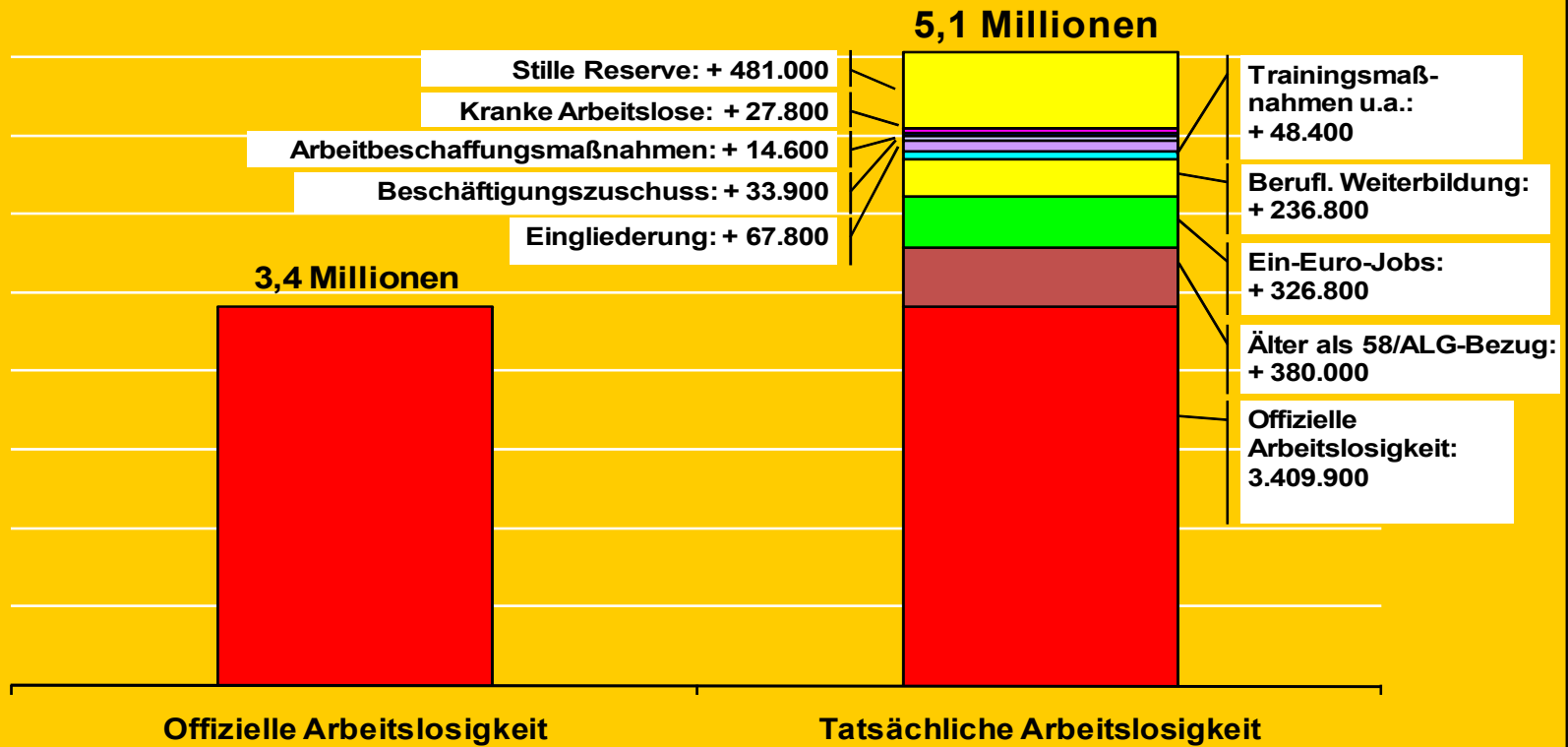
# Arbeitslosigkeit 2010 ???



## Beschäftigungslücke

ver.di Bundesvorstand  
Bereich Wirtschaftspolitik

1,7 Millionen Arbeitslose fehlen im Juni 2009 in der Statistik



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

# Sozialsysteme

(Arbeitslosenversicherung, Rente, Gesundheitssystem)

## Absehbar:

- Anforderungen steigen bzw. mit vorhandenen Einnahmen nicht mehr finanzierbar
- Strukturelle Probleme brechen neu auf
- Einschränkung von Sozialleistungen + Überwälzung der Finanzierung auf Versicherte ????

# Staat – Länder - Kommunen

- Einbrechen der Steuereinnahmen
- Gleichzeitig: Wahnsinn der Verankerung der „Schuldenbremse“ im Grundgesetz
- Absehbar Sparprogramme der Kommunen – Länder – des Bundes
- Abbau der öffentl. Daseinsvorsorge - Privatisierungsschub (PPP) ????

# Was sie uns zumuten wollen....

## Politik:

### Verstärkt neoliberal „weiter so“

- Kein Rangehen an die Umstrukturierung der Finanzmärkte
- Erneut setzen auf Export und nicht Binnenmarkt
- Einbrechen der öffentl. Mittel = verschärfte Privatisierung
- Ausbau des Niedriglohnsektors
- Sozialabbau + Finanzierung der Sozialsysteme zulasten der abhängig Beschäftigten
- Privatisierung des Gesundheitswesens fortsetzen
- .....

# Das Bürgergeldkonzept

## Beinhaltet:

- Zusammenfassung von Arbeitslosengeld II (einschließl. Leistungen für Wohnen und Heizung), Sozialgeld, Grundsicherung im Alter, Sozialhilfe (ohne Sozialhilfe in besonderen Lebenslagen), Kinderzuschlag und Wohngeld
- Höhe: pauschal 662 Euro + ? - ausgezahlt vom Finanzamt
- Voraussetzungen: Bedürftigkeit, Bereitschaft zur Aufnahme zumutbar angebotener Arbeit (bei Ablehnung Kürzung) – vglb. Hartz IV

## Bedeutet:

- de facto eine erneute Absenkung der Leistungen (Miete, Versicherungen usw. müssen aus dieser Pauschale bezahlt werden)
- Weg in die medizinische Versorgung von Langzeitarbeitslosen und bedürftigen Rentnern nur noch auf Minimalniveau (in Verbindung mit FDP – Konzept der privaten Krankenversicherung)
- Bürokratie neu

# 5. Ansätze zur Bekämpfung von Armut – prekärer Beschäftigung – sozialer Ausgrenzung in der Krise

# Öffentliches Konjunktur- und Beschäftigungsprogramm für die nächsten Jahre in Höhe von 75 Mrd € (= 3 % des BIP)

- für öffentliche Investitionen: Bildung, kommunale Infrastruktur, Krankenhäuser, Bahninfrastruktur, Kultur, ökologischer Umbau.....)

# Schutz/Stärkung der Beschäftigung - Stärkung der Binnennachfrage

- Verlängerung ALG I (z. B. orientiert an Beitragszahlung)
- Erhöhung ALG II-Satz (z. B. 450 €)
- Sicherung/Reale Erhöhung der Löhne und Gehälter
- Gesetzlicher Mindestlohn
- Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge
- Ausweitung öffentl. geförderter Beschäftigung statt 1 €- Jobs
- Arbeitsumverteilung durch Arbeitszeitverkürzung

# Mindestlöhne: EU-Nachbarn erhöhen auch 2009

Gesetzliche Mindest-Stundenlöhne in der EU		zuletzt erhöht
Luxemburg	9,73 €	1.3.2009
Frankreich	8,82 €	1.7.2009
Irland	8,65 €	1.7.2007
Niederlande	8,58 €	1.7.2009
Belgien	8,41 €	1.10.2008
<b>Deutschland</b>	<b>DGB-Forderung 7,50 €</b>	
Großbritannien	6,41 €	1.10.2008
Griechenland	4,28 €	1.5.2009
Spanien	3,78 €	1.1.2009
Malta	3,67 €	1.1.2009
Slowenien	3,45 €	1.8.2009
Portugal	2,71 €	1.1.2009
Tschechien	1,77 €	1.1.2007
Estland	1,73 €	1.1.2008
Slowakei	1,70 €	1.1.2009
Polen	1,65 €	1.1.2009
Lettland	1,47 €	1.1.2009
Ungarn	1,43 €	1.1.2009
Litauen	1,40 €	1.1.2008
Rumänien	0,83 €	1.1.2009
Bulgarien	0,71 €	1.1.2009

Stand August 2009

Mindestlöhne pro Stunde orientieren sich an den üblichen Wochenarbeitszeiten in den Ländern. Die Umrechnung von nationaler Währung in Euro erfolgt zum durchschnittlichen Wechselkurs des 1. Halbjahres 2009. Durch Wechselkurseffekte liegen die Mindestlöhne in Euro in einigen Ländern unterhalb der zuletzt für Januar 2009 ausgewiesenen Werte, obwohl sie in nationaler Währung konstant geblieben sind.  
Quelle: WSI-Mindestlohndatenbank 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

# Allgemeinverbindliche Tarife stark rückläufig



Jeweils Stand 1. Januar; Quelle: BMA-Tarifregister 2007 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

# Erhalt/Ausbau Sozialstaat – Sicherung der Sozialsysteme

- Stopp der Privatisierung
- Ausweitung des öffentlichen Sektors/ der öffentlichen Dienste → soziale Dienstleistungen, Bildung, Gesundheit usw. - Bedingung: gute Arbeit - keine prekären Arbeitsverhältnisse
- Bürgerversicherung als Prinzip zur Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme

# Ein neues europäisches Wirtschafts- und Sozialmodell – u. a.:

- Ende des Sozial- und Steuerdumpings:  
Korridormodell und Mindeststandards für Unternehmensbesteuerung
- Verständigung über soziale EU-Standards als zu verwirklichende Ziele und Maßstäbe für die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in der EU

# Strategische Ansatzpunkte

- Kampf um Grundsicherung
- Kampf gegen prekäre Beschäftigung
- Kampf um öffentliches Gesundheitssystem
- Kampf um Mindestlohn
- Kampf um Stopp der Privatisierung/öffentliche Daseinsvorsorge
- Die Vermögenden müssen zurückzahlen:  
Z. B. 3 % Vermögenssteuer nur auf das Geldvermögen bringt 100 Milliarden an Staatseinnahmen

Alles verbinden mit Entlarvung der neoliberalen Dogmen, entspr. Zuspitzungen und Forderungen zur Re-Demokratisierung in Wirtschaft und Gesellschaft

# Es geht grundsätzlich um

- Menschenrechte/menschenwürdiges Leben
- Gemeinwohl- vor Profitorientierung
- Re-Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums
- Sozial-ökologischer Umbau → gesellschaftlich notwendige Steuerungen/Re-Regulierungen → Wirtschaftsdemokratie neu denken
- Eigentumsfragen: Was soll wie öffentlich, was privatwirtschaftlich organisiert werden?

# Wer sind die Träger?

- Parteien ?
- Gewerkschaften ?
- Sozialverbände ?
- Kirchen ?
- Soziale Bewegung ?
- Rolle von Attac ?